



ÜBERSETZUNG

STAATSRAT Gesetzgebungsabteilung

Gutachten 72.638/VR
vom 20. Januar 2023

über

einen Vorentwurf eines Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft ,zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 18. November 2022 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission über die gemeinsame Verarbeitung von Daten durch Sciensano und die von den zuständigen regionalen Behörden oder von den zuständigen Agenturen beauftragten Kontaktzentren, Gesundheitsinspektionen und mobilen Teams im Rahmen einer Kontaktuntersuchung bei (vermutlich) mit dem Coronavirus COVID-19 infizierten Personen auf der Grundlage einer Datenbank bei Sciensano‘

Am 29. November 2022 wurde der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, von dem Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft darum gebeten, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen, die auf fünfundvierzig Tage verlängert wurde*, ein Gutachten über einen Vorentwurf eines Dekrets ‚zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 18. November 2022 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission über die gemeinsame Verarbeitung von Daten durch Sciensano und die von den zuständigen regionalen Behörden oder von den zuständigen Agenturen beauftragten Kontaktzentren, Gesundheitsinspektionen und mobilen Teams im Rahmen einer Kontaktuntersuchung bei (vermutlich) mit dem Coronavirus COVID-19 infizierten Personen auf der Grundlage einer Datenbank bei Sciensano‘ abzugeben.

Der Vorentwurf wurde von den vereinigten Kammern am 9. Januar 2023 untersucht. Die vereinigten Kammern setzten sich zusammen aus Martine BAGUET, Kammerpräsident, Präsident, Jeroen VAN NIEUWENHOVE, Kammerpräsident, Luc CAMBIER, Bernard BLERO, Koen MUYLLE und Inge VOS, Staatsräte, Jan VELAERS und Sébastien VAN DROOGHENBROECK, Beisitzer, und Annemie GOOSSENS und Charles-Henri VAN HOVE, Greffiers.

Der Bericht wurde von Tim CORTHAUT, Erster Auditor, und Anne-Stéphanie RENSON, Auditor, vorgelegt.

Das Gutachten, dessen Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, wurde am 20. Januar 2023 abgegeben.

*

* Diese Verlängerung ergibt sich aus Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, dem zufolge die Frist von dreißig Werktagen auf fünfundvierzig Werktage verlängert wird, wenn das Gutachten unter Anwendung von Artikel 85bis von den vereinigten Kammern abgegeben wird.

1. Unter Anwendung von Artikel 84 § 3 Absatz 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat hat sich die Gesetzgebungsabteilung hauptsächlich darauf konzentriert, die Befugnis des erlassenden Organs, die Rechtsgrundlage¹ sowie die Frage, ob die vorgeschriebenen Formvorschriften eingehalten worden sind, zu untersuchen.

*

TRAGWEITE DES VORENTWURFS

2. Der zur Begutachtung vorgelegte Dekretvorentwurf zielt darauf ab, dem Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission vom 18. November 2022 ,zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission über die gemeinsame Verarbeitung von Daten durch Sciensano und die von den zuständigen regionalen Behörden oder von den zuständigen Agenturen beauftragten Kontaktzentren, Gesundheitsinspektionen und mobilen Teams im Rahmen einer Kontaktuntersuchung bei (vermutlich) mit dem Coronavirus COVID-19 infizierten Personen auf der Grundlage einer Datenbank bei Sciensano‘ zuzustimmen. Die Parteien des ursprünglichen Zusammenarbeitsabkommens und des Abänderungszusammenarbeitsabkommens sind die Föderalbehörde, die Flämische Gemeinschaft, die Wallonische Region, die Deutschsprachige Gemeinschaft und die Gemeinsame Gemeinschaftskommission.

Mit diesen Abänderungen wird darauf abgezielt, dem Entscheid Nr. 110/2022 des Verfassungsgerichtshofs vom 22. September 2022 gerecht zu werden.

Artikel 1 des Zusammenarbeitsabkommens vom 18. November 2022 zielt darauf ab, Artikel 2 § 4 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 zu ersetzen, um Sciensano und die föderierten Teilgebiete oder die von den föderierten Teilgebieten bestimmten Agenturen als die gemeinsam für die Verarbeitung Verantwortlichen der Datenbank I, und Sciensano als den für die Verarbeitung Verantwortlichen der Datenbank II zu bezeichnen. Artikel 2 bezweckt die Ersetzung von Artikel 15 § 1 dritter Satz des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020, was die Aktualisierung der Daten in der Datenbank IV und die Übertragung dieser Daten an die Gemeinschaften nach der Veröffentlichung des Königlichen Erlasses zur Erklärung der Beendigung des Zustands der COVID-19-Pandemie betrifft. Artikel 3 bezweckt die Ersetzung von Artikel 16 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020, der die Zusammenarbeit zwischen den gemeinsam bezeichneten für die Verarbeitung Verantwortlichen regelt. Artikel 4 ändert Artikel 17 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 ab, was die Zusammensetzung und die Funktionskosten des Zusammenarbeitsgerichts betrifft.

¹ Da es sich um einen Dekretvorentwurf handelt, wird unter „Rechtsgrundlage“ die Übereinstimmung mit den höheren Rechtsnormen verstanden.

Das Zusammenarbeitsabkommen vom 18. November 2022 tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft (Artikel 5).

ZUSTÄNDIGKEIT

3. Die Parteien des Abänderungszusammenarbeitsabkommens sind dieselben wie die Parteien des abzuändernden Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020.

In den Gutachten Nrn. 67.717/VR, 67.719/VR, 67.725/VR, 67.726/VR und 67.735/VR vom 15. Juli 2020 über die Vorentwürfe der Texte zur Zustimmung zum Zusammenarbeitsabkommen vom 25. August 2020 wurden bezüglich der Zuständigkeit der Parteien dieses Zusammenarbeitsabkommens folgende Bemerkungen gemacht:

„6. Wie bereits in den Bemerkungen 3 und 4 dargelegt wurde, wurde in den Gutachten 67.425/3-67.427/3 und 67.424/3 das Schließen eines Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Föderalbehörde und den Gemeinschaften für die betreffenden Regelungen in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der manuellen und digitalen Kontaktrückverfolgung empfohlen. Auch wenn das Zusammenarbeitsabkommen, dessen Zustimmung beabsichtigt wird, die zwei Gesetzesvorschläge, über die diese Gutachten abgegeben worden sind, inhaltlich gründlich revidiert, bleibt die Schlussfolgerung hinsichtlich der Zuständigkeit vorbehaltlich der nachstehenden Bemerkungen jedoch dieselbe.

6.1. Durch das Sonderdekret vom 3. April 2014 und die Dekrete vom 4. und 11. April 2014 ‚relatif aux compétences de la Communauté française dont l’exercice est transféré à la Région wallonne et à la Commission communautaire française‘ haben die Französische Gemeinschaft, die Französische Gemeinschaftskommission, bzw. die Wallonische Region gemäß Artikel 138 der Verfassung in gegenseitigem Einvernehmen beschlossen, dass u.a. die in Artikel 5 § 1 I des Sondergesetzes vom 8. August 1980 ‚zur Reform der Institutionen‘ erwähnte Zuständigkeit der Französischen Gemeinschaft im Bereich der Gesundheitspolitik, insbesondere die Gemeinschaftszuständigkeit im Bereich der Pflegeeinrichtungen, einschließlich der Krankenhäuser (mit Ausnahme der Universitätskrankenhäuser) und im Bereich der präventiven Gesundheitspflege (u.a. mit Ausnahme ‚des activités et services de médecine préventive destinés aux nourrissons, aux enfants, aux élèves et aux étudiants‘ und ‚de ce qui relève des missions confiées à l’Office de la Naissance et de l’Enfance (ONE)‘) von der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission ausgeübt wird².

Insofern die Regelung im Zusammenarbeitsabkommen auch Verpflichtungen für Pflegeeinrichtungen, inklusiv der Krankenhäuser³ enthält, müssen neben den heutigen Parteien des Zusammenarbeitsabkommens auch die Französische Gemeinschaft und die Französische Gemeinschaftskommission als Parteien am Zusammenarbeitsabkommen beteiligt werden.

² Fußnote Nr. 16 aus dem zitierten Gutachten: Artikel 3 Nr. 6 der o.a. Dekrete.

³ Fußnote Nr. 17 aus dem zitierten Gutachten: Siehe die Artikel 2 § 1 und 6 § 3 Absatz 2 des Zusammenarbeitsabkommens.

Die Französische Gemeinschaft hat nämlich die Ausübung ihrer prinzipiellen Zuständigkeit behalten, Universitätskrankenhäusern im französischen Sprachgebiet und Universitätskrankenhäusern im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt, die aufgrund ihrer Organisation als ausschließlich zu der Französischen Gemeinschaft gehörend zu betrachten sind, Verpflichtungen aufzuerlegen⁴.

Ihrerseits übt die Französische Gemeinschaftskommission die prinzipielle Zuständigkeit aus, Privatkrankenhäusern im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt, die aufgrund ihrer Organisation als ausschließlich zu der Französischen Gemeinschaft gehörend zu betrachten sind, Verpflichtungen aufzuerlegen⁵.

Diesbezüglich erklärten die Beauftragten⁶ Folgendes:

„[T]ijdens verschillende [interkabinettenwerkgroepen] heeft de Franse Gemeenschapscommissie zelf aangegeven dit deel van hun bevoegdheid door middel van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie te willen regelen. Hierdoor is de Franse Gemeenschapscommissie uiteindelijk geen partij meer bij het samenwerkingsakkoord, maar wordt zij vertegenwoordigd door de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie“.

Zuständigkeitsregeln sind zwingende Rechtsregeln der öffentlichen Ordnung, die für Mechanismen als Abtretung oder Vertretung in gegenseitigem Einvernehmen zwischen Behörden nicht geeignet sind. Aus dem Vorhergehenden ist zu schließen, dass sowohl die Französische Gemeinschaft als auch die Französische Gemeinschaftskommission als Parteien am Zusammenarbeitsabkommen beteiligt werden müssen. Sollte dies zu inhaltlichen Anpassungen der Regelung im Zusammenarbeitsabkommen führen, dann müssen die Vorentwürfe von Zustimmungstexten zusammen mit dem angepassten Zusammenarbeitsabkommen dem Staatsrat erneut zur Begutachtung vorgelegt werden“.

Die durch das Zusammenarbeitsabkommen vorgenommenen Abänderungen führen in Bezug auf die Zuständigkeit der betroffenen Parteien nämlich nicht zu einer anderen Schlussfolgerung als in den o.a. Gutachten, d. h., dass sowohl die Französische Gemeinschaft als auch die Französische Gemeinschaftskommission als Parteien der Zusammenarbeitsabkommen vom 25. August 2020 und vom 18. November 2022 beteiligt werden müssen.

FORMVORSCHRIFTEN

4. Aus den dem Staatsrat vorgelegten Unterlagen geht hervor, dass das Gutachten der Datenschutzbehörde über das Abänderungszusammenarbeitsabkommen beantragt wurde, aber noch nicht abgegeben worden ist.

⁴ Fußnote Nr. 18 aus dem zitierten Gutachten: Siehe Artikel 128 § 2 der Verfassung, sowie Artikel 3 Nr. 6 der o.a. Dekrete.

⁵ Fußnote Nr. 19 aus dem zitierten Gutachten: Siehe Artikel 128 § 2 der Verfassung, sowie Artikel 3 Nr. 6 der o.a. Dekrete.

⁶ Fußnote Nr. 20 aus dem zitierten Gutachten: Hiermit (und in den folgenden Hinweisen auf diese Personen) werden die Beauftragten gemeint, die im Begutachtungsantrag über den Zustimmungsgesetzvorentwurf, der zum Gutachten 67.719/VR geführt hat, bezeichnet sind.

5. Es geht nicht hervor, dass das Gutachten des Beirats für Gesundheitsförderung bereits eingeholt wurde. Dieses Gutachten ist sowieso einzuholen, da die entworfenen Abänderungen in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Kontaktermittlung im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie als eine Maßnahme „auf struktureller Ebene“ bezüglich der „Schaffung gesundheitsfördernder Rahmenbedingungen insbesondere im Schulalltag, in der Arbeitswelt sowie im Freizeitbereich“ im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 des Dekrets vom 1. Juni 2004 ‚zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention‘ betrachtet werden können und somit einen Teil der Gesundheitsförderung im Sinne dieses Dekrets bilden. Gemäß Artikel 7 § 1 Absatz 3 dieses Dekrets muss jeder Dekretvorentwurf über diese Angelegenheit dem Beirat für Gesundheitsförderung zur Begutachtung vorgelegt werden.

6. Sollte an dem Staatsrat vorgelegten Text infolge der Erfüllung der o.a. Formvorschrift noch Abänderungen vorgenommen werden⁷, so sind die abgeänderten oder hinzugefügten Bestimmungen zwecks Einhaltung der Vorschrift von Artikel 3 § 1 Absatz 1 der Gesetze über den Staatsrat der Gesetzgebungsabteilung vorzulegen.

UNTERSUCHUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS

Artikel 2

7.1. Mit Artikel 2 des Zusammenarbeitsabkommens soll dem Entscheid Nr. 110/2022 des Verfassungsgerichts vom 22. September 2022 in Bezug auf die maximale Aufbewahrungsfrist für die in der Datenbank IV gespeicherten personenbezogenen Daten gerecht werden. Aus dem Entscheid Nr. 110/2022 ergibt sich Folgendes:

„B.18.1. Gemäß dem Grundsatz der Begrenzung der Aufbewahrung der Daten müssen die personenbezogenen Daten in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen nur so lange ermöglicht, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist (Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e der DSGVO).

B.18.2. Gemäß Artikel 15 § 1 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 werden die in der Datenbank I enthaltenen Daten spätestens sechzig Tage nach ihrer Speicherung gelöscht. Dieselbe Bestimmung sieht vor, dass die in der Datenbank III gespeicherten Daten täglich gelöscht werden.

Artikel 15 § 3 bestimmt, dass die Datenbanken I und III von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen spätestens fünf Tage nach Veröffentlichung des königlichen Erlasses zur Erklärung der Beendigung des Zustands der COVID-19-Epidemie ‚deaktiviert und aufgehoben oder gelöscht‘ werden.

B.19.1. In Bezug auf die maximale Aufbewahrungsfrist der in der Datenbank II gespeicherten pseudonymisierten personenbezogenen Daten sah Artikel 15 § 2 des Entwurfs des Zusammenarbeitsabkommens vor, dass diese Daten ‚gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 10. April 2014 zur Festlegung verschiedener

⁷ Nämlich andere Abänderungen als diejenigen, die in diesem Gutachten erwähnt sind oder als diejenigen, die darauf abzielen, den in diesem Gutachten formulierten Bemerkungen gerecht zu werden.

Bestimmungen im Bereich Gesundheit und des zu dessen Ausführung zwischen dem LIKIV und Sciensano abgeschlossenen Zusammenarbeitsabkommens‘ gelöscht würden.

Nach der Stellungnahme der Datenschutzbehörde Nr. 64/2020 vom 20. Juli 2020 (*Parl. Dok.*, Kammer, 2019-2020, DOC 55-1490/002, S. 23) sieht der letztlich angenommene Artikel 15 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 vor, dass diese Daten ‚gemäß der für die Aufbewahrung von Gesundheitsakten und im Rahmen der wissenschaftlichen Forschung im Gesundheitsbereich allgemein angenommenen Frist gelöscht [werden], das heißt nach dreißig Jahren‘.

B.19.2. Wenn die klagenden Parteien im zehnten Teil des einzigen Klagegrunds beanstanden, dass in Artikel 15 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 die Aufbewahrungsfrist der in der Datenbank II gespeicherten pseudonymisierten Daten nicht mit der erforderlichen Klarheit präzisiert ist, beziehen sie sich auf den Entwurf des Zusammenarbeitsabkommens und nicht auf das Zusammenarbeitsabkommen. Da sie sich auf eine falsche Annahme stützen, ist der zehnte Teil des einzigen Klagegrunds unbegründet.

B.20.1. Nach Artikel 15 §§ 1 und 3 zweiter Satz des Zusammenarbeitsabkommens werden personenbezogene Daten der Datenbank IV den im Bereich der Erkennung von infektiösen Krankheiten zuständigen föderierten Teilgebieten spätestens fünf Tage nach Veröffentlichung des königlichen Erlasses zur Erklärung der Beendigung des Zustands der COVID-19-Epidemie übertragen.

Für in der Datenbank IV gespeicherte personenbezogene Daten ist keine maximale Aufbewahrungsfrist festgelegt.

B.20.2. Artikel 15 § 1 des Entwurfes des Zusammenarbeitsabkommens bestimmte:

‚[...] Die personenbezogenen Daten der Datenbank IV werden entweder alle 10 Jahre aktualisiert oder gelöscht [...]‘.

In Ihrem Gutachten Nr. 67.719/VR vom 15. Juli 2020 zu dem Gesetzesvorentwurf, der zu dem angefochtenen Gesetz vom 9. Oktober 2020 geführt hat, hatte die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates zu dieser Bestimmung angegeben, dass das Fehlen einer maximalen Aufbewahrungsfrist der in der Datenbank IV enthaltenen personenbezogenen Daten nicht mit der DSGVO im Einklang stehe:

‚L’article 15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, de l’accord de coopération prévoit que les données à caractère personnel de la Base de données IV sont soit mises à jour tous les dix ans, soit supprimées. Interrogés à cet égard, les délégués ont répondu ce qui suit :

‘Na een termijn van 10 jaar worden de gegevens ofwel gewist, ofwel nagekeken op hun accurateid en indien nodig geüpdatet. Indien in geval van niet-accurate gegevens updaten onmogelijk is of niet opportuun, zullen de gegevens gewist worden. Zolang ze niet gewist zijn, zijn ze accuraat en zijn dit de gegevens van de contactpersonen van de collectiviteiten. In geval van uitbraken van andere infectieziekten, zal dit immers zeer nuttig zijn‘.

Cette absence de délai maximal de conservation pour ces données à caractère personnel n’est toutefois pas conforme à l’article 5, paragraphe 1, e), du RGPD, qui prescrit que ‘les données à caractère personnel doivent être [...] conservées sous une forme permettant l’identification des personnes concernées pendant une durée n’excédant pas celle nécessaire au regard des finalités pour lesquelles elles sont traitées’.

39.2. Interrogés quant aux motifs justifiant l'exception envisagée au paragraphe 1^{er}, alinéa 2, pour ce qui concerne les données des Bases de données IV et V, les délégués ont répondu ce qui suit :

'Het komt opportuun voor om deze Gegevensbank [IV] te [laten] voortbestaan na de COVID19 crisis. Immers, deze Gegevensbank zal ook haar nut in de toekomst bewijzen. Daarenboven bevat het merendeel van deze gegevens geen persoonsgegevens, maar gegevens over de collectiviteiten zelf'.

Le dispositif sera revu de manière à rendre celui-ci conforme au principe selon lequel il appartient au législateur de fixer les délais de conservation des données à caractère personnel' (*Parl. Dok.*, Kammer, 2019-2020, DOC 55-1490/001, SS. 55-56).

B.20.3. In den allgemeinen Erläuterungen zum Zusammenarbeitsabkommen vom 25. August 2020 heißt es:

'Les données à caractère personnel de la Base de données III seront supprimées quotidiennement et celles de la Base de données IV sont soit mises à jour, soit supprimées en permanence. Dans l'hypothèse où la mise à jour de données inexactes est impossible ou inappropriée, les données seront supprimées. Tant qu'elles ne sont pas supprimées, elles sont exactes et constituent les données des personnes de contact des collectivités qui seront sauvegardées. Les données à caractère personnel de la Base de données IV seront transférées au plus tard cinq jours après le jour de la publication de l'arrêté royal proclamant la fin de l'épidémie du coronavirus COVID-19 aux entités fédérées pour l'exécution de leur compétence en matière de détection des maladies infectieuses et contagieuses dans le cadre de leur compétence matérielle en matière de médecine préventive les soins de santé préventifs. En cas d'apparition d'autres maladies infectieuses, la conservation des données à caractère personnel exactes dans la Base de données IV sera en effet très utile. En outre, la Base de données IV ne contient des données à caractère personnel que dans une mesure limitée' (*Parl. Dok.*, Kammer, 2019-2020, DOC 55-1490/001, S. 105).

B.20.4. Die Datenbank IV enthält mehrere Kategorien von personenbezogenen Daten der Personen der Kategorien V und VI. Diese Daten sind in dem vorerwähnten Artikel 8 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 aufgezählt.

Dadurch, dass sie keine maximale Aufbewahrungsfrist dieser personenbezogenen Daten vorsehen, verstoßen die Artikel 2 § 3 und 15 §§ 1 und 3 zweiter Satz des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020, wie sie durch die angefochtenen Akte gebilligt wurden, gegen die Artikel 10, 11 und 22 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e der DSGVO“.

7.2. Um diesem Entscheid gerecht zu werden, sieht Artikel 15 § 1 dritter Satz des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020, wie er durch Artikel 2 des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens ersetzt wurde, Folgendes vor:

„Die personenbezogenen Daten der Datenbank IV werden laufend, mindestens aber jährlich aktualisiert und, wenn sie nicht mehr aktuell oder relevant sind, binnen 60 Tagen gelöscht. Nach Veröffentlichung des Königlichen Erlasses zur Erklärung der Beendigung des Zustands der Epidemie des Coronavirus COVID-19 werden die personenbezogenen Daten der Datenbank IV den zuständigen föderierten Teilgebieten gemäß § 3 des vorliegenden Artikels für die Ausübung ihrer Zuständigkeit im Bereich der Erkennung von infektiösen Krankheiten im Rahmen ihrer materiellen Zuständigkeit in der präventiven

Gesundheitspflege übertragen. Nach der Übertragung gelten die gleichen Aufbewahrungsfristen“.

Es gilt also folgender Grundsatz: Entweder werden die personenbezogenen Daten aktualisiert oder werden sie gelöscht, wenn sie nicht mehr relevant sind. Dasselbe Prinzip gilt auch für die förderierten Teilgebiete im Falle einer Übertragung der Daten nach der Beendigung der COVID-19-Epidemie.

Damit wird mit dem o.a. Artikel 15 § 1 dritter Satz eigentlich nur Artikel 5 Paragraph 1 Buchstabe e der DSGVO paraphrasiert⁸, der vorschreibt, dass „[p]ersonenbezogene Daten [...] in einer Form gespeichert werden [müssen], die die Identifizierung der betroffenen Personen nur so lange ermöglicht, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist“.

7.3. Aufgrund von Artikel 8 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 enthält die Datenbank IV folgende personenbezogene Daten:

„Die Datenbank IV enthält folgende Kategorien von personenbezogenen Daten von Personen der Kategorien V und VI zu den in Artikel 3 § 1 Nr. 2 Buchstabe B erwähnten Zwecken:

1° [I]dentifizierungsnummer aus einer authentischen Quelle, insbesondere dem Nationalregister oder der Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit, und interne Identifizierungsnummer;

2° Namen, Art, Adresse und in der Zentralen Datenbank der Unternehmen aufgeführte Nummer der Personengemeinschaft, der die Person angehört oder mit der sie in Kontakt gekommen ist;

3° Kontaktinformation des Referenzarztes und/oder des Verwaltungsverantwortlichen der Personengemeinschaft, einschließlich Name, Vorname und Telefonnummer“.

Gemäß dieser Bestimmung verfolgt die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten somit den in Artikel 3 § 1 Nr. 2 B des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 genannten Zweck, nämlich:

„Zurverfügungstellung der in Artikel 7 § 4 bestimmten Kategorien von personenbezogenen Daten durch die Datenbank I an das zuständige Kontaktzentrum durch einen Austausch mit der Datenbank III, um mit den Personen der Kategorie VI auf jedem möglichen Kommunikationsweg, einschließlich per Telefon, E-Mail oder durch einen Besuch der Personengemeinschaft, in Kontakt zu treten, um sie über die (vermutete) Infektion (i) von Personen der Kategorie II, insofern der COVID-19-Coronavirustest ergeben hat, dass diese Personen infiziert sind, und (ii) von Personen der Kategorie III zu informieren“.

⁸ Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 „zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)“.

Artikel 2 § 3 Nr. 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 bestätigt diesbezüglich, dass die Datenbank IV „ausschließlich für die in Artikel 3 bestimmten Verarbeitungszwecke“ eingerichtet wird.

Der mit der Datenverarbeitung in Datenbank IV verfolgte Zweck wird daher auf die Kontaktaufnahme mit dem Ziel der Information über die (vermutete) Infektion bestimmter Kategorien von Personen mit dem Coronavirus COVID-19 beschränkt.

7.4. In Anbetracht dieses Zwecks sieht die Gesetzgebungsabteilung die Gründe nicht, warum die Aufbewahrung solcher personenbezogenen Daten nach der Beendigung der Epidemie des Coronavirus COVID-19 noch relevant sein sollte. Diesbezüglich befragt haben die Beauftragten Folgendes erklärt:

„Het is dus niet zo dat de gegevens uit Gegevensbank IV worden aangewend om ‘contactopsporing te vergemakkelijken’, maar wel om de collectiviteiten te informeren over (vermoedelijke) besmettingen, met als concreet doel om verdere besmettingen te voorkomen. (...) [Het is belangrijk dat Gegevensbank IV blijft bestaan] om nieuwe broeihaarden van besmettingen te voorkomen, ook na de COVID-19-epidemie, gelet op het feit dat uit wetenschappelijk onderzoek is gebleken dat de meeste broeihaarden van besmetting in de collectiviteiten ontstaan, overigens meestal plekken waar de meest kwetsbare personen verblijven of een dagbesteding hebben. Ook ingeval van het uitbreken van nieuwe/andere infectieziekten is het nuttig om over de contactgegevens van de collectiviteiten te beschikken“.

Die Beauftragten haben noch was folgt hinzugefügt:

„Gegevensbank IV dient – zoals vermeld in de oorspronkelijke tekst van het Samenwerkingsakkoord van 25 augustus 2020 – voor de volgende zaken:

Uitbraken van het coronavirus COVID-19 en clusters te identificeren en op te sporen⁹;

Voor preventieve gezondheidszorg: opsporen van besmettelijke infectieziekten.

Het ontwerpartikel 15, §1, derde zin luidt daaromtrent als volgt: *‘De persoonsgegevens uit Gegevensbank IV worden na de publicatie van het koninklijk besluit dat het einde van de toestand van het coronavirus COVID-19 epidemie [lees: het einde van de toestand van COVID-19-epidemie] afkondigt, overgedragen aan de bevoegde gefedereerde entiteiten voor de uitoefening van hun bevoegdheid inzake het opsporen van besmettelijke infectieziekten in het kader van de materiële bevoegdheden inzake preventieve gezondheidszorg overeenkomstig §3 van dit artikel.’* (eigen aanduiding)

Gelet op het feit dat het doeleinde van de verwerking van de gegevens opgenomen in Gegevensbank IV in voormelde artikelen is opgenomen, is het wenselijk noch nodig om artikel 3 van het oorspronkelijk Samenwerkingsakkoord te wijzigen“.

⁹ Fußnote im Zitat des Beauftragten: Art. 1, § 2, d) SWA 25/08/2020.

7.5. Der Argumentation der Beauftragten kann jedoch nicht gefolgt werden.

Gemäß Artikel 2 § 3 Nr. 2 und Artikel 8 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 wurde die Datenbank IV nämlich nur zu dem in Artikel 3 § 1 Nr. 2 B dieses Zusammenarbeitsabkommens beschriebenen einzigen Zweck eingerichtet. Gemäß demselben Artikel 2 § 3 Nr. 2 soll Artikel 15 dieses Zusammenarbeitsabkommens nur die Aufbewahrungsdauer und nicht die Verarbeitungszwecke festlegen (diese werden in Artikel 3 dieses Zusammenarbeitsabkommens festgelegt). Sollte sich die Verarbeitung personenbezogener Daten aus der Datenbank IV nach der Beendigung der Epidemie des Coronavirus COVID-19 als weiterhin relevant erweisen, müsste dieser Zweck daher in Artikel 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 ausreichend genau formuliert werden.

Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen ist dann auch zu revidieren, um einerseits in Artikel 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 die mit der Datenbank IV verfolgten Zwecke genau und erschöpfend zu definieren und andererseits in Artikel 15 dieses Zusammenarbeitsabkommens die maximale Aufbewahrungsfrist der personenbezogenen Daten dieser Datenbank kohärent in Zusammenhang mit den verfolgten Zwecken festzulegen, um dem Entscheid Nr. 110/2022 des Verfassungsgerichtshofs gerecht zu werden. Diese maximale Aufbewahrungsfrist muss zwar nicht notwendigerweise in zahlenmäßigen Form festgelegt werden, sie muss aber anhand von Kriterien, die in dem Zusammenarbeitsabkommen festgelegt werden, eindeutig bestimmbar sein¹⁰, damit die in Artikel 5 Paragraph 1 Buchstabe e der DSGVO enthaltene Bedingung erfüllt wird, dass die betroffenen personenbezogenen Daten „in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen nur so lange ermöglicht, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist“. Übrigens schließt diese Verordnungsbestimmung die Speicherung personenbezogener Daten für längere Zeiträume nicht aus, „soweit die personenbezogenen Daten [...] ausschließlich für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke oder für wissenschaftliche und historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke [...] verarbeitet werden“, aber dann müssen die „geeignete[n] technische[n] und organisatorische[n] Maßnahmen [getroffen werden], die von dieser Verordnung zum Schutz der Rechte und Freiheiten der betroffenen Person gefordert werden“, was u.a. bedeutet, dass „[i]n allen Fällen, in denen diese Zwecke durch die Weiterverarbeitung, bei der die Identifizierung von betroffenen Personen nicht oder nicht mehr möglich ist, erfüllt werden können“, diese Zwecke auf diese Weise erfüllt werden müssen¹¹. Mit anderen Worten reicht es nicht aus, dass die (eventuell aktualisierten) personenbezogenen Daten immer noch aktuell und relevant sind, wie es jetzt in Artikel 15 § 1 dritter Satz des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020, der durch Artikel 2 des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens ersetzt wurde, vorgesehen ist, damit sie ohne zeitliche Begrenzung aufbewahrt werden können. Es sollten konkretere Kriterien für die Anonymisierung oder Löschung der betroffenen personenbezogenen Daten ausgearbeitet werden, sobald eine Identifizierung der betroffenen Personen für die Ermittlung von ansteckenden Infektionskrankheiten nicht mehr erforderlich ist, nachdem das Ende der COVID-19-Epidemie erklärt wird.

¹⁰ Siehe auch Artikel 13 Paragraph 2 a) der DSGVO.

¹¹ Artikel 89 Paragraph 1 der DSGVO.

8.1. In Artikel 15 § 1 vierter Satz des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020, ersetzt durch Artikel 2 des heutigen Zusammenarbeitsabkommens, wird auf die „Veröffentlichung des Königlichen Erlasses zur Erklärung der Beendigung des Zustands der Epidemie des Coronavirus COVID-19“ hingewiesen. Fraglich ist, welcher Königliche Erlass damit gemeint wird, insbesondere was die Beziehung zwischen dem „Zustand der Epidemie des Coronavirus COVID-19“ und der in Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 14. August 2021 ‚über verwaltungspolizeiliche Maßnahmen in einer epidemischen Notsituation‘ erwähnten „epidemische[n] Notsituation“ ist. Gemäß Artikel 3 desselben Gesetzes wird die epidemische Notsituation nämlich für einen Zeitraum von maximal drei Monaten durch einen zu bestätigenden Königlichen Erlass ausgerufen, und kann mehrmals für einen Zeitraum von höchstens drei Monaten ebenfalls durch einen zu bestätigenden Königlichen Erlass aufrechterhalten werden. Es wird jedoch keine Beendigung der epidemischen Notsituation durch einen Königlichen Erlass vorgesehen. Diese Beendigung kann nur durch Gesetz oder nach Ablauf der Frist bzw. durch eine verspätete Bestätigung des Königlichen Erlasses zur Erklärung oder Aufrechterhaltung der epidemischen Notsituation erfolgen. Die durch den Königlichen Erlass vom 27. Januar 2022¹² erklärte Notsituation wurde durch das Gesetz vom 11. März 2022 aufgehoben¹³. Die Beauftragten erklärten diesbezüglich Folgendes:

„Er dient een onderscheid gemaakt te worden tussen enerzijds de afkondiging van en dus het einde van een epidemische noodsituatie, en het einde van de coronavirus COVID-19-epidemie. Immers, op heden bevindt ons land zich nog steeds in de coronavirus COVID-19-epidemie (zo worden er bijvoorbeeld nog vaccinaties tegen COVID-19 geplaatst, mondklappers zijn nog verplicht in ziekenhuizen en dokterskabinetten, etc. – kortom, het einde van de epidemie *an sich* werd nog niet afgekondigd), terwijl er geen sprake meer is van een concrete epidemische noodsituatie, waarin andere of bijkomende maatregelen kunnen getroffen worden.

De epidemische noodsituatie als dusdanig werd inderdaad beëindigd middels het Koninklijk Besluit van 11 maart 2022, maar de coronavirus COVID-19-epidemie is nog niet beëindigd. Daarvoor dient een ander daartoe concreet opgesteld Koninklijk Besluit te worden aangenomen, hetgeen op heden nog niet gebeurd is en hetwelk bedoeld wordt in het ontwerpartikel 15, §1, derde zin.

Het betreft aldus twee verschillende Koninklijke Besluiten.

(...)

Op 19 april 2020 werd het Koninklijk Besluit houdende de afkondiging van de toestand van de coronavirus COVID-19 epidemie op het Belgisch grondgebied afgekondigd. Dit KB is genomen naar aanleiding de Wet van 27 maart 2020 die de machtiging verleent aan de Koning om maatregelen te nemen in de strijd tegen de verspreiding van het coronavirus COVID-19 (II), en heeft als rechtsgrond artikel 101, eerste lid, 2° van de Ziekenhuiswet (Gecoördineerde wet van 10 juli 2008 op de ziekenhuizen en andere verzorgingsinrichtingen). Dit werd bevestigd door Uw Raad in het advies 67.212/3 uitgebracht op voormeld KB.

¹² Königlicher Erlass vom 27. Januar 2022 ‚zur Erklärung der Aufrechterhaltung der epidemischen Notsituation in Bezug auf die Pandemie des Coronavirus COVID-19‘, bestätigt durch das Gesetz vom 11. Februar 2022 ‚zur Bestätigung des Königlichen Erlasses vom 27. Januar 2022 zur Erklärung der Aufrechterhaltung der epidemischen Notsituation in Bezug auf die Pandemie des Coronavirus COVID-19‘.

¹³ Artikel 2 des Gesetzes vom 11. März 2022 ‚zur Aufhebung der Aufrechterhaltung der epidemischen Notsituation in Bezug auf die Pandemie des Coronavirus COVID-19‘.

Gelet op het besluit 67.211/3 betreft dat eerste lid intussen het enige lid van voormeld artikel 101. Bijgevolg zal het KB dat het einde van de toestand van de coronavirus COVID-19 epidemie afkondigt, tevens artikel 101 van de Ziekenhuiswet als rechtsgrond hebben“.

8.2. Der Königliche Erlass vom 19. April 2020 ¹⁴ bestimmt, dass „[i]n Belgien [...] der Zustand einer Epidemie des Coronavirus COVID-19 erklärt [wird]“. Auch wenn Artikel 101 Nr. 2 des koordinierten Gesetzes vom 10. Juli 2008 ‚über die Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen‘ als Rechtsgrundlage hierfür erwähnt wird, und bis jetzt nur im Kontext dieser spezifischen Regelung Rechtsfolgen daran verbunden werden, kann jedoch angenommen werden, dass der Erlass, sowie ein künftiger Erlass zur Erklärung der Beendigung des Zustands der Epidemie des Coronavirus COVID-19, dermaßen identifizierbar ist, dass keine Undeutlichkeit über die in Artikel 15 § 1 vierter Satz des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020, ersetzt durch Artikel 2 des heutigen Zusammenarbeitsabkommens, daran verbundenen Rechtsfolgen herrscht, zumindest sobald ein Königlicher Erlass mit diesem Titel und diesem Wortlaut tatsächlich im Belgisch Staatsblatt veröffentlicht wird.

8.3. Zudem geht aus Artikel 19 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 hervor, dass die u.a. in den Artikeln 3, 8 und 15 § 1 erwähnten Maßnahmen am Tag der Veröffentlichung des Königlichen Erlasses zur Erklärung der Beendigung des Zustands der Epidemie des Coronavirus COVID-19 aufhören, wirksam zu sein. Somit muss man sich der Kohärenz von Artikel 19 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens im Hinblick auf die von der Datenbank IV verfolgten Zwecke vergewissern (insofern die Datenbank IV, wie in der in der Bemerkung 7.4 formulierten Antwort der Beauftragten erwähnt wird, nach Beendigung der Epidemie des Coronavirus COVID-19 weiter bleiben wird).

Diesbezüglich befragt haben die Beauftragten Folgendes erklärt:

„Op de vraag onder b), met name of artikel 19, §2, van het samenwerkingsakkoord dan niet moet worden gewijzigd, teneinde te vermijden dat de grondslag voor de gegevensverwerking komt te vervallen eens het ‘koninklijk besluit dat het einde van de toestand van de coronavirus COVID-19 epidemie afkondigt’ is aangenomen, nu artikel 15, §1, op dit moment niet onder de uitzondering valt in die bepaling, en het opzet ook een verlengd bestaan van artikel 8 (en een aangepast artikel 3, zie vraag a)) lijkt te impliceren, dient volgens de opstellers negatief te worden geantwoord.

Immers, paragraaf 3 van artikel 15 herhaalt in de laatste zin hetgeen onder paragraaf 1 zit vervat, waardoor de uitzondering van het verder blijven bestaan van Gegevensbank IV wel degelijk gecapteerd is“.

Es stimmt, dass Artikel 15 § 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 auf dessen durch das heutige Zusammenarbeitsabkommen abgeänderten Artikel 15 § 1 hinweist, und ihn teilweise paraphrasiert. Damit ist jedoch gerade nachgewiesen worden, dass letztgenannte Bestimmung weiter Anwendung finden soll. Zudem ist Artikel 19 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 auf jeden Fall um einen Hinweis auf Artikel 3 (der selbst zu ergänzen ist, wie in Bemerkung 7.5 steht), was den Zweck der Verarbeitung

¹⁴ Königlicher Erlass vom 19. April 2020 ‚zur Erklärung des Zustands einer Epidemie des Coronavirus COVID -19 auf belgischem Staatsgebiet‘.

personenbezogener Daten nach der Veröffentlichung des o.a. Königlichen Erlasses betrifft, zu ergänzen.

9. In der niederländischen Fassung von Artikel 15 § 1 dritter Satz des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020, ersetzt durch Artikel 2 des heutigen Zusammenarbeitsabkommens, sind die Wörter „te worden“ auszulassen.

Artikel 3

10. Zu der *ratio legis* von dem durch Artikel 3 des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens ersetzten Artikel 16 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 befragt, erklärten die Beauftragten Folgendes:

„Uit bovenstaande vergelijking blijkt dat bepaling iets algemener is gemaakt naar alle Gegevensbanken, en dat is tegemoetgekomen aan de opmerking van het Grondwettelijk Hof dat voor Gegevensbank I ook de bevoegde gefedereerde entiteiten en de door de bevoegde gefedereerde entiteiten aangeduide agentschappen optreden als verwerkingsverantwoordelijke.

De bepaling is bovendien vereenvoudigd, aangezien met de zinsnede ‘*bepalen op transparante wijze hun respectieve verantwoordelijkheden, met name wat betreft de uitoefening van de rechten van de betrokkene en het verstrekken van informatie*’ enerzijds wordt bedoeld de informatie vervat in artikel 13 en 14 van de AVG en anderzijds de rechten van de betrokkenen vervat in de artikelen 15 tot en met 22 en artikel 34 van de AVG wordt bedoeld. Daarenboven wordt voorzien in één contactpunt voor de betrokkenen om hun rechten uit te oefenen en maken Sciensano, de bevoegde gefedereerde entiteiten en de door de bevoegde gefedereerde entiteiten aangeduide agentschappen de nodige afspraken om hun verplichtingen en rol(len) ten aanzien van elkaar en de betrokkene vast te leggen. De opstellers van het wijzigingssamenwerkingsakkoord menen dat dit voldoende passende maatregelen inhouden voor het waarborgen van de rechten van de betrokkenen.

De opstellers zijn van mening dat – gelet op het bovenstaande – de inhoud van de paragrafen 1 tot en met 4 van het oorspronkelijke artikel is opgenomen in het ontwerpartikel 16.

De opstellers wensen tevens nog te duiden dat, wat betreft Gegevensbank II, het zo is dat dit een reeds bestaande historische gegevensbank van Sciensano betreft, waardoor Sciensano er de enige beheerder van is. De andere partijen bij het Wijzigingssamenwerkingsakkoord (dus de gefedereerde entiteiten) hebben aldus geen toegang tot die Gegevensbank II – zij kunnen daaruit enkel gegevens verkrijgen via een AVG-conforme pseudonimisering en mits een controle van het Informatieveiligheidscomité (IVC), en dit enkel voor verder wetenschappelijk onderzoek. Er bestaat bijgevolg geen juridische noodzaak om de andere partijen bij het Wijzigingssamenwerkingsakkoord verwerkingsverantwoordelijke te maken van Gegevensbank II, aangezien die rol enkel door Sciensano dient te worden/wordt opgenomen“.

Aus der Antwort der Beauftragten kann angenommen werden, dass der neue Artikel 16 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 fortan nur noch die Datenbank I betrifft, für welche Sciensano, die zuständigen föderierten Teilgebiete und die von den zuständigen föderierten Teilgebieten bestimmten Agenturen die gemeinsam für die Verarbeitung Verantwortlichen sind. Wenn dies tatsächlich die Absicht ist, dann sollte es im Interesse der Rechtssicherheit im verfügenden Teil präzisiert werden.

Somit könnte auch jede Verwirrung mit Artikel 2 § 5 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 vermieden werden, der seinerseits die Wahrnehmung der Rechte der betroffenen Personen in Bezug auf die Datenbanken III und IV regelt. In dieser Bestimmung ist wiederum nur von den „zuständigen föderierten Teilgebiete[n] oder d[en] von den zuständigen Behörden bestimmten Agenturen“ als für die Verarbeitung Verantwortliche die Rede, während die Daten in der Datenbank IV derzeit – und bis zur Verabschiedung des Königlichen Erlasses zur Erklärung der Beendigung des Zustands der Epidemie des Coronavirus COVID-19 – unter Verantwortung von Sciensano verarbeitet werden. Diese Lücke in der Bezeichnung des Verantwortlichen für die Verarbeitung und in der Bestimmung seiner Verantwortungen ist auch zu beheben.

Schließlich ist es der Gesetzgebungsabteilung nicht ersichtlich, warum die Paragraphen 1 bis 3 des geltenden Artikels 16 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 hinsichtlich der Datenbank II nicht aufrechterhalten werden, insofern nur Sciensano für die Verarbeitung der Datenbank II verantwortlich bleibt.

Somit werden, was die Datenbank II betrifft, diese Bestimmungen in Ermangelung einer Rechtfertigung aufrechterhalten, sodass die in den Artikeln 13 bis 22 und 34 der DSGVO erwähnte Wahrnehmung der Rechte der betroffenen Person genauso wie für die drei anderen Datenbanken gewährleistet wird.

Artikel 5

11. Gemäß Artikel 5 erster Satz tritt das Zusammenarbeitsabkommen vom 18. November 2022 am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft. Somit kann das Zusammenarbeitsabkommen rückwirken, wenn es vor dem Datum des letzten gesetzgeberischen Zustimmungsakts¹⁵ im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht wird.

¹⁵ Siehe in demselben Sinne unter anderem das Gutachten Nr. 68.977/VR vom 16. März 2021 über einen Vorentwurf, der zum Dekret vom 1. April 2021 „portant assentiment à l'accord de coopération du 24 mars 2021 entre l'État fédéral, la Communauté flamande, la Région wallonne, la Communauté germanophone et la Commission communautaire commune concernant le transfert de données nécessaires aux entités fédérées, aux autorités locales ou aux services de police en vue du respect de l'application de la quarantaine ou du test de dépistage obligatoires des voyageurs en provenance de zones étrangères et soumis à une quarantaine ou à un test de dépistage obligatoires à leur arrivée en Belgique“ geworden ist (*Parl. Dok.*, Wall. Parl., 2020-2021, Nr. 523/1, S. 42 und 43).

Die Nichtrückwirkung von Regeln auf der hierarchischen Ebene einer Gesetzesnorm ist eine Garantie zur Vermeidung von Rechtsunsicherheit. Diese Garantie erfordert es, dass der Rechtsinhalt vorhersehbar und zugänglich ist, damit der Rechtsunterworfenen in einem vernünftigen Maße die Folgen eines bestimmten Handelns zum Zeitpunkt der Ausführung dieser Handlung vorhersehen kann. Die Rückwirkung ist nur zu rechtfertigen, wenn sie zur Verwirklichung einer Zielsetzung allgemeinen Interesses unerlässlich ist ¹⁶.

Diesbezüglich befragt haben die Beauftragten Folgendes erklärt:

„We publiceren normaal gezien enkel in het Belgisch Staatsblad nadat het wetgevend Samenwerkingsakkoord en de instemmingswetten door alle overheden/parlementen zijn goedgekeurd“.

Der Wortlaut von Artikel 5 ist dann auch zu revidieren, um jede Rückwirkung zu vermeiden, zum Beispiel indem bestimmt wird, dass das Zusammenarbeitsabkommen am Tag der Veröffentlichung des letzten Zustimmungsakts in Kraft tritt.

12. Artikel 5 zweiter Satz des Zusammenarbeitsabkommens vom 18. November 2022 bestimmt, dass „[d]ieses Inkrafttreten [...] das Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens vom 25 August 2020 [nicht berührt]“. Diese Ergänzung ist überflüssig, insofern es auch ohne diese Bestimmung der Fall ist. Somit ist der zweite Satz auszulassen.

SCHLUSSBEMERKUNG

13. Wie es in der Präambel des Zusammenarbeitsabkommens vom 18. November 2022 erwähnt wird, regelt dieses Abkommen nichts Neues in Bezug auf den Informationssicherheitsausschuss, obwohl der Verfassungsgerichtshof im Entscheid Nr. 110/2022 geurteilt hat, dass die Ermächtigung der Kammer „Soziale Sicherheit und Gesundheit“ des Informationssicherheitsausschusses, dessen Rechtsstellung nicht durch das Gesetz präzisiert ist und dessen Beurteilungsbefugnis auch nicht durch das Gesetz eingegrenzt ist, Beschlüsse auf dem Gebiet der Verarbeitung von personenbezogenen Daten zu treffen, die für Dritte bindend sind, ohne dass solche Beschlüsse einer parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden können, gegen das in Artikel 22 der Verfassung verankerte Legalitätsprinzip verstößt ¹⁷.

¹⁶ Ständige Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs, siehe u.a.: Verfassungsgerichtshof, 21. November 2013, Nr. 158/2013, B.24.2 ; Verfassungsgerichtshof, 19. Dezember 2013, Nr. 172/2013, B.22 ; Verfassungsgerichtshof, 29. Januar 2014, Nr. 18/2014, B.10 ; Verfassungsgerichtshof, 9. Oktober 2014, Nr. 146/2014, B.10.1 ; Verfassungsgerichtshof, 22. Januar 2015, Nr. 1/2015, B.4 ; Verfassungsgerichtshof, 7. Mai 2015, Nr. 54/2015, B.12 ; Verfassungsgerichtshof, 14. Januar 2016, Nr. 3/2016, B.22 ; Verfassungsgerichtshof, 3. Februar 2016, Nr. 16/2016, B.12.1 ; Verfassungsgerichtshof, 28. April 2016, Nr. 58/2016, B.9.2 ; Verfassungsgerichtshof, 9. Februar 2017, Nr. 15/2017, B.9.2. ; Verfassungsgerichtshof, 21. Dezember 2017, Nr. 145/2017, B.16.2 ; Verfassungsgerichtshof, 19. Juli 2018, Nr. 100/2018, B.13 ; Verfassungsgerichtshof, 3. Juni 2021, Nr. 82/2021, B.6 ; Verfassungsgerichtshof, 23. Juni 2022, Nr. 85/2022, B.10.2.

¹⁷ Erwägungsgründe B.35.1 bis B.40 dieses Entscheids.

Um diese Verfassungswidrigkeit zu beheben, wurde ein Vorentwurf eines Gesetzes ‚betreffende maatregelen van bestuurlijke politie inzake reisbeperkingen en het Passagier Lokalisatie Formulier en houdende wijzigingen van diverse wetsbepalingen betreffende het Informatieveiligheidscomité‘ ausgearbeitet, über den der Staatsrat am 8. Dezember 2022 das Gutachten 72.464/3 abgegeben hat. In diesem Gutachten wurde bemerkt, dass mit diesem Vorentwurf der Verfassungswidrigkeitsfeststellung durch den Verfassungsgerichtshof keine ausreichende Folge geleistet wurde. Diese Einwände sind zu berücksichtigen, damit die Rolle des Informationssicherheitsausschusses im Zusammenarbeitsabkommen vom 25. August 2020 aufrechterhalten werden kann.

DER GREFFIER

DER PRÄSIDENT

Annemie GOOSSENS

Martine BAGUET

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Rita VAN DEN EECKHOUT, Erster Auditor, übersetzt.

DER CHEFGREFFIER,

Gregory DELANNAY